

# Ein Satz!

№ 53

Zeitung für autonome Politik | Göttingen | Oktober 2003



## Linke Politik verteidigen!

Prozessbeginn im Magdeburger § 129a-Verfahren am 21.10.2003

**Magdeburg/Halle.** Trotz widersprüchlicher juristischer Einschätzungen steht nun der Prozessbeginn im § 129a-Verfahren gegen drei Magdeburger Linke fest: Am 21. Oktober 2003 wird der erste Prozesstag vor dem sachsen-anhaltinischen Oberlandesgericht stattfinden. Noch im August hatte eine Kammer eben dieses Gerichts die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft (BAW) abgelehnt. Begründung damals: Die „terroristische Vereinigung“, der die BAW den Prozess machen will, habe sich, auch auf Betreiben der drei Beschuldigten, bereits im Frühjahr 2002 aufgelöst. Die Angeklagten Marco Heinrichs, Daniel Winter und Carsten Schulze sollten sogar – wenn auch gegen haarsträubende Auflagen – aus der Haft entlassen werden.

Der unbedingte Verfolgungswille der BAW ließ dies jedoch nicht zu: Der Bundesgerichtshof gab im September 2003 der Beschwerde gegen die gerichtliche Entscheidung statt und machte damit den Weg für den Prozess frei. Die Linke wird diesen Versuch, antikapitalistische Politik zu kriminalisieren, jedoch nicht unwidersprochen hinnehmen: Am 25. Oktober 2003 wird in Magdeburg eine bundesweite Solidaritätsdemonstration stattfinden, im Vorfeld laufen bereits Infoveranstaltungen in verschiedenen Städten: In Göttingen übrigens am 12. Oktober im Theaterkeller.

**„Zehn leere Flaschen können schnell zehn Mollis sein“ (Ton Steine Scherben)**

In den Jahren 2001 und 2002 kam es im Raum Magdeburg zu mehreren Anschlägen, zu denen sich die „Revolutionäre Aktion Carlo Giuliani“, das „Kommando globaler Widerstand“ und das „Kommando Freilassung aller politischen Gefan-

genen“ bekannten. U. a. flog im März 2002 ein Molotow-Cocktail auf ein LKA-Gebäude; unter ein BGS-Fahrzeug wurde ein Brandsatz gelegt, der allerdings nicht zündete. In der Region, die bis dahin vor allem als Nazi-Hochburg berüchtigt war, trat also eine linke Szene auf den Plan, die sich nicht nur im legalen Rahmen handlungsfähig zeigte.

Da es den staatlichen Verfolgungsorganen offenbar an Überblick über diese unerwartet aktiven linken Zusammenhänge mangelte, wurde schweres Geschütz aufgeföhren: Mit der Räumung des autonomen Zentrums „Ulrike“ in Magdeburg sollte ein wichtiger Anlaufpunkt für Linke zerschlagen werden; zugleich ermöglichte das Konstrukt einer „terroristischen Vereinigung“ (§ 129a), die hinter den erwähnten Anschlägen stehen sollte, umfangreiche Ermittlungen gegen die linken Strukturen in Magdeburg.

Nach Hausdurchsuchungen und monatelangen Telefon- und Personenüberwachungen glaubten die Ermittler, ihre „Schuldigen“ gefunden zu haben: Im November 2002 wurden Daniel und Marco festgenommen. Da das Gesetz aber eine Mindestgröße von drei Personen für „terroristische Vereinigungen“ vorschreibt, reichte dies noch nicht aus. Im April 2003 folgte somit die überfallartige Festnahme Carstens auf offener Straße. Sein solidarisches Engagement für die Gefangenen ließ ihn den Behörden offenbar hinreichend verdächtig erscheinen. Gegen fünf weitere Personen laufen Ermittlungsverfahren.

**„Ich bin eine kriminelle Vereinigung“ (Swoons)**

Trotz des anfänglichen Schocks, den der Repressions Schlag auslöste, fand sich schnell eine Soligruppe zusammen, die sich über die materielle und juristische Unterstützung der Gefangenen hinaus vor allem darauf konzentrierte, die linke Öffentlichkeit über das Verfahren zu informieren. Das breite Interesse und die Unterstützung, die die Soligruppe für ihre Arbeit erfährt, macht deutlich, dass in der Linken allen Unkenrufen zum Trotz ein Bewusstsein

von Solidarität existiert, das sich mit dem Satz „Gemeint sind wir alle!“ zusammenfassen lässt.

Dafür sorgt nicht zuletzt die Einordnung des Verfahrens in einen größeren politischen Rahmen durch die Soligruppe: So machte sie, beispielsweise durch ihre Mitarbeit in der Kampagne zum 10. Todestag von Wolfgang Grams, immer wieder deutlich, dass sich der Fall der drei Aktivisten nicht als persönliches Pech für Einzelne abtun lässt, sondern Teil einer langen Geschichte von Widerstand und Repression ist, die alle betrifft, die am Kampf gegen den Kapitalismus festhalten. Auch das Motto der bundesweiten Demonstration, „Linke Politik verteidigen!“, ist Ausdruck dieser Auffassung.

Das bedeutet nicht, dass Marco, Daniel und Carsten darüber in Vergessenheit geraten. Die Forderung nach ihrer Freilassung und nach Einstellung des gesamten Verfahrens stehen an erster Stelle. Ebenso wichtig ist es, ihnen durch Briefe in den Knast, kontinuierliche Prozessbeobachtung und nicht zuletzt finanzielle Unterstützung zu zeigen, dass sie nicht auf sich alleine gestellt sind. Und auch der Magdeburger Linken muss das Signal vermittelt werden, dass der persönliche und politische Flurschaden, den die Razzien, polizeiliche Einschüchterungsversuche und Bespitzelungen angerichtet haben, nicht ihr Privatproblem ist, sondern von einer breiten Solidaritätsbewegung auch über die Region hinaus aufgefangen wird.

In dieser Hinsicht ist die Resonanz auf die Solidaritätskampagne äußerst positiv zu bewerten. Bisher rufen mehr als vierzig Gruppen – von der norddeutschen Tiefebene bis in die Schweiz, von Münster bis Dresden – zur Magdeburger Demonstration auf, Tendenz steigend. Es dürfte sich damit um eine der größten linksradikalen Mobilisierungen der letzten Jahre handeln, mit dem erfreulichen Nebeneffekt, dass hierdurch ein gegenseitiger Austausch und eine gemeinsame Praxis zustande kommen, wie sie die bundesweite Linke in den vergangenen Jahren schon fast verlernt zu haben schien. Ob diese Erfahrung zukünftig zu einer größeren gemeinsamen Handlungsfähigkeit auf anderen politischen Feldern beitragen wird, hängt auch davon ab, inwieweit die grundsätzlichen Erkenntnisse der Kampagne in Praxis umgesetzt werden: Dass nämlich antikapitalistische Politik keine Individual-Risikosportart ist, sondern nur als gemeinsamer, ernst gemeinter Kampf überhaupt Aussicht auf Erfolg haben kann.



<b>Inhalt</b>	<b>Rechts und Ordnung</b> <i>Von einer Sauberheitskampagne und strammen FDP-Burschen in einer uns wohlbekannten niedersächsischen Kleinstadt</i> <b>2</b>	<b>„Wer von Völkern redet...“</b> <i>Interview mit Jörg Kronauer zur völkischen Ideologie der GfV und dem geplanten „Zentrum gegen Vertreibung“</i> <b>4</b>	<b>„Es wird immer härter“</b> <i>Rot-grüne Sozialpolitik führt zum Selbstmordversuch im Sozialamt – Auswirkungen und Ansätze für linke Politik</i> <b>6</b>	<b>Walser traut sich nicht...</b> <i>Göttingen: Geplantes Walser-Interview ist abgesagt. Grund: Befürchtete Proteste linksradikaler Gruppen</i> <b>8</b>
---------------	--	---	--	---

# Rechts und Ordnung

**Göttingen.** Nicolo Martin ist ein strammer Bursche. Fest wie die deutsche Eiche im AStA-Garten hat er dem Wind der bundesweiten Medienberichterstattung über seine Person standgehalten. Selbst seinen knallig eingeläuteten 28. Geburtstag konnte er verkraften. Unbekannte Vermummte griffen laut Zeitungsberichten am 24. Juli pünktlich um 0 Uhr 5 das Verbindungshaus der „Winfrifa“ im Otto-Wallach-Weg mit Böllern und Steinen an. Was ging all dem voraus? Während des alternativen Ringfestes am 20. Juli 2003 wurde in den Kellerräumen eines linken StudentInnenwohnhauses eine Ausstellung des „Bündnisses für freie Räume“ präsentiert. Die Ausstellung doku-

mentierte die Geschehnisse um die Besetzung des AStA-Gebäudes und dessen polizeiliche Räumung. Nicolo Martin, für die Liberale Hochschulgruppe (LHG) im Studierendenparlament, kam beim Rauswurf der BG-Geschichte eine herausragende Rolle zu. Doch auch mit der Wiederherstellung von Recht und Ordnung im ehemaligen Rosaluxemburg-Haus wollten weder er noch sein Parteifreund Moritz Strate Ruhe geben. Gemeinsam brachen sie in den Ausstellungsraum ein und legten in einem der Schaukästen Feuer – dummerweise ließen sich die „liberalen Politiker“ erwischen. Für sein Amt als Kreisvorsitzender der FDP hatte das bisher keine Konsequenzen. Kann es auch gar nicht, denn die Traditionalisten innerhalb der Göttinger Liberalen haben sich in den letzten Jahren eine Nachkommenschaft herangezüchtet, die sie weder so ohne weiteres loswerden können noch wollen: Ohne den Aktionismus des Möllemann-Flügels um Nicolo Martin, Moritz Strate oder Tobias Fabiunke wäre nicht mehr viel los in der Partei. Und so heißt es aussitzen und die Unschuldsvermutung gelten lassen. Die kennt Strate sehr gut. Schließlich studiert der 24-Jährige Jura und kam in diesem Jahr schon einmal mit seinem Gesetz in Konflikt. Der Vorwurf hier: Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen. Um Stimmen aus dem rechtsextremen Burschenschaftsspektrum einzusammeln und diese so an einem AStA zu beteiligen, kreierte die LHG eine Tarntliste, die „Freiheitlich Demokratische Liste – FDL“. Auf Listenplatz Nr. 1 fand sich Moritz Strate, ihm folgte auf dem Fuße Tobias Fabiunke, Geschäftsführer der FDP. Mit knackig rechtspopulistischen Parolen und dem Logo der „lodernden Flamme“ landeten die treuen Demokarten jedoch auf dem Bauch. Das Listensymbol hatte verblüffende Ähnlichkeit mit dem Zeichen

der faschistischen „Nationalen Sammlung (NS)“ und ist seit 1989 in der BRD verboten. Dass es sich hierbei politisch keineswegs um einen Ausrutscher handelte, zeigen auch die Ambitionen dieses Klüngels in jüngster Zeit. Im August, diesmal unter dem Label der Mutterpartei, stellte Strate im FDP-Newsletter seinen Arbeitskreis „Innen und Recht“ vor. Nach einem heiteren Kaffeeklatsch mit dem neuen Göttinger Polizeichef Rath (war das wohl bevor oder nachdem sich die Polizei weigerte gegen Martin und Strate zu ermitteln und dazu von der Staatsanwaltschaft gezwungen werden musste?) ist das Schwerpunktthema „die sog. gemeinlästige Kriminalität wie Graffiti, wildes Plakatieren und Bettelei“. Womit sich der Kreis schließt, der diesen zwielichtigen Gestalten im Jahre 2003 das Selbstbewusstsein verleiht, ihren Chauvinismus derart offensiv auszuleben. Die Dynamik von „Rechts und Ordnung“ gewinnt ihren Antrieb in Göttingen durch die Konservativen, die sich in Amt und Würden wiederfinden, durch das neoliberale Projekt der Stiftungsuni, das den Wissenschaftsbetrieb gänzlich nach den Verwertungsinteressen des Kapitals umstrukturiert und eine Polizei, die berufen ist, gesellschaftliche Konflikte mit dem Knüppel zu regulieren.



Fahrradkundgebung der Autonomen Antifa [M] vor der FDP-Geschäftsstelle (oben) und der Burschenschaft „Winfrifa“ (unten)



ähnlichkeit mit dem Zeichen

## Verfassungsschutz muss tüchtiger werden!

Die selben Alpträume wie den Grenzgänger Strate plagten auch den niedersächsischen Verfassungsschutz. In ihrem VS-Bericht 2002 hatten die Schlapphüte wenig Freude bei der Arbeit erkennen lassen; mit einer Presseerklärung vom 22. August 2003 sollte nun doch noch Wachsamkeit und Augenmaß bewiesen werden. „Autonome erneuern ihre Kampfansage gegen die Umstrukturierung“, stellten die Schnüffelnasen fest und wissen dies durch die Aktionen des Antifaschistischen Plenums Braunschweig und der Autonomen Antifa [M] in Göttingen gegen die kommunalen Sauberheitskampagnen zu belegen. Den Göttinger AktivistInnen wurde gar ein flächendeckendes Verkleben von Plakaten mit dem Slogan „Wildpla-

## One world – one struggle

11. September 2003: Der Militärputsch in Chile ist auf den Tag genau 30 Jahre her. Das Antikriegsbündnis Göttingen und die AG Chiapas nahmen dieses Datum zum Anlass, die Ereignisse in Chile 1973 mit einer Veranstaltung im Theaterkeller wieder ins Bewusstsein zu rufen: Der Film „Missing“ von Constantin Costa-Gavras wurde gezeigt, der von der Ermordung zweier linksgerichteter US-Amerikaner als zwei von Tausenden in den Stadien in Chile unter Beteiligung auch des CIA und des State Department Ermordeten handelt. Anschließend folgte eine Diskussion mit ZeitzeugInnen über die Ereignisse um 1970/1973. Die Veranstaltung fand das Interesse von weit über 100 TeilnehmerInnen.

Auch die *EinSatz!* will sich einen Rückblick auf die Ereignisse in Chile nicht nehmen lassen:

Der Putsch bescherte dem Siegeszug der fortschrittlichen Kräfte im Land ein jähes Ende. Opfer waren die 1970 und danach 1973 wiederholt demokratisch gewählte Regierung unter Führung der Unidad Popular (UP, Volkseinheit, ein taktisches Wahlbündnis von sozialistischen bis zu marxistischen Parteien) mit Beteiligung der Christdemokraten, und ebenso waren es die verschiedenen

Widerstandsbewegungen von der linksradikalen MIR bis zur Landarbeiterbewegung.

Zuerst schien die sozialreformerische Regierung unter dem UP-Präsidenten Allende die Form zu sein, in der die westlichen Industrienationen den wachsenden Widerstand gegen die Durchsetzung der Marktwirtschaft hinnehmen mussten – obwohl sie von Anfang an versuchten, durch Terror, Wirtschafts-sanktionen und andere Aktivitäten mit Hilfe ihrer Geheimdienste und militärischer Hilfe die chilenischen Oberklassen in ihrem Widerstand gegen das radikale sozialistische Reformprojekt zu unterstützen.

Die Regierung Allende auf der anderen Seite trieb die systematische Verstaatlichung von Banken, Bergwerksgesellschaften und anderen Schlüsselindustrien voran und führte eine grundlegende Landreform durch. Der Unwille der tonangebenden imperialistischen Staaten wuchs, und sie arbeiteten auf ein gewaltsames Ende der Regierung hin. Sie setzten dies um, als angeleitet und unterstützt durch CIA und US-Militärs die chilenische Armee gegen die Regierung putschte.

Der Linken in USA und Europa machten die Ereignisse in Chile wieder einmal deutlich, dass die Hoffnung auf ein langsames Hinübergleiten aus dem unfreien, kapitalistischen Verhältnis in eine sozialistische Welt nicht realistisch sein kann. Nicht realistisch, weil die Profiteure dieses Verhältnisses ihre Macht und Privilegien noch nie freiwillig an die Masse abgegeben haben.



... wie auch der Verfassungsschutz feststellen musste

### Eure Kultur kotzt uns an!

Der in einer Stadt wie Göttingen etwas deplaziert anmutende Putztick der lokalen CDU-Repräsentanten ordnet sich damit sowohl in ein längerfristiges wie überregionales Projekt der Konservativen ein. Für die radikale Linke bietet sich dieses Politik- und Aktionsfeld auch weiterhin an. Politisch, weil sie sich damit gegen eine der billigsten Macharten des Rechtspopulismus, die Durchdringung des Alltags durch autoritäre Konzepte und die fortschreitende Zurechtstufung menschlichen Lebens auf dessen Verwertbarkeit wendet. Kulturell, weil der Amoklauf der Spießerseelen eben nur einem Teil der Bevölkerung aus den Herzen spricht. Das bekommt auch ein selbsterhüllender Oberbürgermeister Danielowski zu spüren. Zwar stieg sein Bekanntheitsgrad in den letzten Monaten auf Spitzenwerte, zugleich wurde er im Ranking der Lokalprominenz aber als unbeliebteste Person eingestuft. Er wolle zukünftig ein Bürgermeister für alle Menschen der Stadt sein, nicht nur für das CDU-Klientel, gab er wenig später verkatert im GT-Interview von sich. Na dann... Um in den einfachen erzieherischen Kategorien dieser Herren zu verbleiben: Dort, wo sie mit ihren miefigen Wertvorstellungen Ordnung schaffen wollen, muss die glänzende Warenwelt der Mittelstandsvereinigung im Chaos versinken. Gute Vorlagen hat die Linke

bereits geliefert. Die nicht-kommerzielle „wilde“ Plakatkultur hat sich offensichtlich eher ausgebreitet als einschränken lassen. Und das trotz eifriger Stadtreinigung und Blockwartrekrutierung. Viel Arbeit für die Müllvollzugsbeamten gab es auch am 6. September auf der Leinebrücke in der Goetheallee. Eine Gemüeschlacht linker Gruppen „Innenstadt versus Peripherie“ übertölpelte die ahnungslosen Ordnungshüter, diese kamen wie so häufig zu spät und konnten nur noch die Drecksarbeit erledigen. Dieser Torpedo vor den Bug des städtischen Sauberkeitsschiffs wird so manches Gemüt zum Kochen gebracht haben. Auch CDU-Stadtrat Holger Welskop, der in der Vergangenheit bereits Müll und Obdachlose in einem Atemzug als Problem benannte und wildes Plakatieren als „unästhetisch“ brandmarkte, griff vor überschäumender Wut erneut in die rhetorische Müllkiste des Nazivokabulars: „Krank“ müssen die GemüeschlächterInnen sein und „ein gestörtes Verhältnis zur Natur“ haben. Aha! Da wir scheinbar nur mittels Quarantänelager zur Ordnung zu rufen sind, sollen nun erneut Schulkinder mit einem Ideenwettbewerb vor den eierigen Karren der städtischen Sauberheitskampagne gespannt werden. Die können ihren Leerkörpern in der Regel nicht einfach weglaufen. Werden nun kritische Stimmen in den Klassenzimmern durch Kameraüberwachung und Bereitschaftspolizei auf den Pausenhöfen beantwortet? Gefahrenabwehr würde so jedenfalls, ganz im Sinne des Innenministeriums, tatsächlich präventiv wirksam. Lassen wir uns überraschen. Oder besser: Halten wir noch einige Überraschungen bereit. Inspirationen liefert vielleicht gerade das „autonome Gegenüber“ selbst, wie etwa die Junge Union, die vor einigen Jahren forderte, ihr Deutschland müsse in Berlin-Kreuzberg wieder Einzug erhalten. In diesem Sinne: Kreuzberg muss auch in Niedersachsen wieder erkennbar werden. Unordnung stiften erwünscht!

katieren erwünscht!“ bescheinigt. Aber was wollen die Top-Geheimdienstler der Öffentlichkeit damit verraten? Vor allem sicherlich, dass sie in Niedersachsen nichts Ernsthaftes zu tun haben. Wer die Innere Sicherheit durch einige – zugegeben recht gewissenhafte – PlakatiererInnen in Gefahr sieht, sollte besser in Frührente gehen, als derart plump seinen Arbeitsplatz selbst zu legitimieren. Und dennoch ist gerade dieser Blick auf die Wirklichkeit ein Kernstück der Überwachungsgesellschaft. Die Diskurse zur Inneren Sicherheit schaffen durch das ewige Reden über die Gefahren und das Chaos des Lebens in einer modernen Gesellschaft jenes subjektive Unsicherheitsgefühl, das heute beinahe jede repressive Maßnahme gegen einzelne Gruppen kritiklos durchsetzbar werden lässt. Mit objektiven Bedrohungen hat das nicht viel zu tun. Die Konservativen bleiben hier nicht stehen und erweitern den Begriff der Sicherheit um den der Ordnung. Neben zahlreichen weiteren Verschärfungen hob CDU-Innenminister Schönemann in einer Rede vor dem Landtag am 25. Juni 2003 die Aufnahme des Begriffs der „öffentlichen Ordnung“ in das Niedersächsische Gefahrenabwehrgesetz hervor. Signalwirkung sollte dies haben, die mit der Begrifflichkeit verbundenen Wertvorstellungen und „Sekundärtugenden“ heraufbeschworen werden.

Logische Konsequenz des Sauberkeitsschreies oder nur ein Strohflecken? Diese Frage muss die Linke selbst beantworten...



Es ging in Chile nicht nur um die Niederschlagung der Widerstände, sondern auch um die

Durchsetzung eines neoliberalen Projektes. Die sogenannten Chicago Boys, Schüler des Ökonomen Friedman („Kapitalismus und Freiheit“) chilenischer Abstammung, fanden nach dem Putsch in Chile hervorragende Bedingungen vor, um erstmals neoliberale Prinzipien wie Privatisierung wichtiger öffentlicher Sektoren, des Gesundheits- und Rentensystems, Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und Befreiung der Lohntarife von staatlicher und gewerkschaftlicher Regulation, umzusetzen.

Die Linke hatte damals richtig daran getan, die Umbrüche in Chile, die Entschlossenheit, mit der die Braintrusts der imperialistischen Länder gemeinsam mit den Oberklassen und Teilen des Bürgertums Chiles das sozialistische Experiment zerschlagen hatten, und den Widerstand dagegen als wichtiges, auch eigenes Anliegen wahrzunehmen. Heute hat das neoliberale Projekt die Metropolen erreicht. Und auch heute tut die Linke gut daran, die Kämpfe in den Peripherien wie etwa die Aufstände in Argentinien, den Überlebenskampf Cubas wie den der Regierung Chavez in Venezuela und die Kämpfe der Widerstandsbewegungen Kolumbiens, Perus usw. als Teil eines gemeinsamen Kampfes zu begreifen.

# AIB anzeige

# „Wer von Völkern redet, schweigt von Menschen!“

**Göttingen.** Dieses Interview mit Jörg Kronauer entstand nach der Veranstaltung der Autonomen Antifa [M] „Wer von Völkern redet, schweigt von Menschen!“ am 17. September 2003 im Theaterkeller. Der Vortrag war Teil der Kampagne der Autonomen Antifa [M] „Links ist da wo keine Heimat ist!“, er war zugleich auch Mobilisierungsveranstaltung für die Demo gegen die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (GfbV) am 20. September 2003, die unter dem gleichen Motto stand.

Jörg Kronauer ist Journalist und schreibt unter anderem für die Wochenzeitung jungle world. Er beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit dem Themenkomplex „Völkische deutsche Außenpolitik“ und der Rolle, die die Vertriebenenverbände und die Gesellschaft für bedrohte Völker dabei spielen.



Demonstration der Autonomen Antifa [M] am 20.09.2003 gegen GfbV und ZgV.

*Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist nach amnesty international die zweitgrößte Menschenrechtsorganisation in Deutschland. Was unterscheidet die beiden voneinander, bzw. wieso wurde neben ai noch die GfbV gegründet?*

Das liegt an ihrem unterschiedlichen Grundansatz. Während amnesty Menschenrechte für

einzelne Individuen einfordert, verlangt die GfbV Menschenrechte für „ethnische und religiöse Gemeinschaften“, für „Völker“. Bis vor sieben oder acht Jahren hat sie auch „rassische Gemeinschaften“ in diese Reihe eingefügt, heute unterlässt sie dies. Die GfbV versucht gelegentlich, sich einen fortschrittlichen Anstrich damit zu geben, dass sie sich nicht – wie amnesty – für „Einzelfälle“ einsetzt, sondern die prinzipiellen Voraussetzungen für ein besseres Leben ganzer Menschengruppen schaffen will. Bei diesen Menschengruppen handelt es sich allerdings immer um „Völker“, um „ethnische Gemeinschaften“, die sich durch eine gemeinsame Abstammung auszeichnen. „Völker“ unterscheiden Menschen nach biologischen Kriterien, was so ziemlich das Gegenteil einer fortschrittlich verfassten Gesellschaft ist.

*Wie stark sind die Verflechtungen zwischen der GfbV und den Vertriebenenverbänden und welche Rolle spielt Tilman Zülch [GfbV-Vorsitzender, d. Red.] dabei? Zülch hat ja kürzlich den Menschenrechtspreis der reaktionären Sudetendeutschen Landsmannschaft angenommen.*

Soweit ich sehe, gibt es derzeit keine umfangreichen personellen Verflechtungen. Tilman Zülch hat Kontakte zu Vertriebenenverbänden, ansonsten kommt die GfbV größtenteils aus einem sozialen Milieu, das sich deutlich vom Milieu der „Vertriebenen“ unterscheidet. Anders sieht es auf ideologischer Ebene aus. Die GfbV setzt sich für die Rechte von „Völkern“ und „Volksgruppen“ ein,



Zwischenkundgebung vor der GfbV-Zentrale im Stumpfebiel

was die Vertriebenenverbände ebenfalls tun. Bezüglich der Unterstützung „deutscher Volksgruppen“ gibt es eine weit reichende Einigkeit zwischen GfbV und Vertriebenenverbänden. Vor zwei Jahren hat beispielsweise die Generalversammlung der GfbV die Bundesregierung aufgefordert, die Aufhebung aller Gesetze und Bestimmungen voranzutreiben, die die Umsiedlung der Deutschen geregelt haben.

*Welche Rolle spielt die GfbV deiner Meinung nach in der Diskussion um das sogenannte Zentrum gegen Vertreibung (ZgV)?*

Da würde ich zwei Ebenen unterscheiden. Auf der Ebene der konkreten Diskussion, wie sie sich in den Medien darstellt, spielt die GfbV derzeit keine große Rolle, da sind andere Akteurinnen und Akteure viel aktiver. Im Hintergrund kommt der GfbV eine nicht unwichtige Rolle zu. Tilman Zülch gehört zu den Förderern der BdV-Pläne für das ZgV, er schafft damit Sympathien für das Projekt in einem teilweise linksliberal orientierten Milieu, das den Vertriebenenverbänden kaum zugänglich ist. Die GfbV, die sich grundsätzlich für ein ZgV ausspricht (egal ob mit oder ohne BdV), schafft damit Akzeptanz für das Zentrum auch im Ausland, nämlich bei all denjenigen, denen sie praktische Unterstützung zukommen lässt.

*Welchen Anteil trägt die GfbV daran, dass nach der deutschen Wiedervereinigung und im Rahmen*

## NPD und Ordnung

Als Daniel Hubert am 25. Juni 2003 mit zittrigen Fingern die 110 in sein Handy tippte, um Hilfe herbeizurufen, sollte das seine letzte Diensthandlung als Wachmann an der Göttinger Uniaula sein. Die Kundgebung von 50 AntifaschistInnen vor dem Amtssitz des Unipräsidenten Horst Kern galt keinem anderem als ihm selber. In Flugblättern und einer Presseerklärung wies die Autonome Antifa [M] darauf hin, dass es sich bei Hubert um den ehemaligen Kreisvorsitzenden der Göttinger NPD handelt. Am 24. Mai 2003 führte er mit seinen Kameraden einen Nazi-Aufmarsch durch Hannover an. Gemeinsam mit Martin Gotthardt und Stephahn Pfungsten ist er für zahlreiche Naziprovokationen der letzten Jahre in Göttingen verantwortlich. Ihr erklärtes Ziel ist es, die linke Hegemonie in der Stadt zu brechen. Und so dürfte es für Hubert ein Hochgefühl gewesen sein, an einen Ort wie der Uniaula für Ordnung sorgen zu dürfen. Den Schutz seines Büros hatte Horst Kern persönlich angefordert. Nach der polizeilichen Räumung des besetzten AStA-Gebäudes befürchtete er weiteren Besuch durch linke KritikerInnen des Projektes Stiftungsuni. Ordnung und Nazi-Glück währten allerdings nur für kurze Zeit. Eine halbe Stunde nach der Outing-Aktion schickte die Unileitung den Neo-Nazi zurück nach Hause auf den Leineberg und distanzierte sich in aller Form: Man habe von

allem nichts gewusst... Wie immer. Auch Huberts Arbeitsgeber der „Göttinger Überwachungsdienst“, der bezeichnenderweise laut Werbung seit 1939 für Ordnung sorgt, bemühte sich um Schadensbegrenzung: Hubert sei lediglich als Urlaubsvertretung eingestellt gewesen.

Huberts Nachfolger im NPD-Vorsitz, Stephan Pfungsten, spie in einer Stellungnahme Gift und Galle. Kein Wunder, war damit doch ein weiterer Anlauf, in der Innenstadt Fuß zu fassen, gescheitert. Pfungsten selbst musste nach wiederholten schmerzhaften Erfahrungen seine Wohnung in der Lange-Geismar-Straße räumen. Hier hatte beispielsweise ein autonomes Kommando „Revolutionärer 1. Mai“ im Jahr 1999 eine antifaschistische Hausdurchsuchung bei ihm durchgeführt. Seither hat er sich zu seinem Freund Gotthardt nach Grone zurückgezogen. Die Gegend zwischen Kasseler Landstraße und Industriestraße scheinen die beiden mit Aufklebern und Sprühereien als ihr Terrain abstecken zu wollen. Von diesem für sie bisher ruhigeren Ausgangspunkt sind die Neo-Nazis auch überregional aktiv. Beide sind Mitglieder des NPD-Landesvorstandes. Die Umtriebigkeit von Stephan Pfungsten wird zudem an einem anderen Vorfall deutlich: Im Oktober 2001 eilte er nach Berlin, um seine Kameraden zu unterstützen. Gemeinsam mit Friedhelm Busse (Ex-Vorsitzender der 1995 verbotenen FAP) aus München, Werner Kossmann aus Langenhagen und Jennifer Kuhne aus Münster betreute er am S-Bahnhof Grünau einen Wahlkampfstand der NPD. Als die Faschisten von einem

*historisierender und geschichtsfälschender Debatte das „deutsche Volk“ erneut als identitätsstiftende Einheit ins Bewusstsein der Deutschen gerückt ist?*

Das sehe ich ähnlich wie die Rolle der GfbV in der Debatte um das ZgV. Die GfbV spielt vor allem im Hintergrund eine Rolle: Dadurch, dass sie ein völkisches Weltbild insbesondere auch in linksliberalen Zusammenhängen festigt, verbreitert sie die soziale Basis für das identitätsstiftende Konstrukt „deutsches Volk“. Wer völkische Ansichten vertritt, muss sich nicht gleich in die rechte Ecke gedrängt fühlen, sondern kann sich liberal-menschenrechtsliebend geben.



Ca. 170 Menschen demonstrierten unter dem Motto „Links ist da wo keine Heimat ist“.

*Die GfbV ist seit 1993 als „NGO mit Beraterstatus“ bei der UNO registriert, sie ist also auch außenpolitisch aktiv, beispielsweise bei der Rechtfertigung des ersten deutschen Krieges seit 1945 im Kosovo oder aktuell im Kongo. In welcher Form betreibt die GfbV ihre Außenpolitik?*

Vor allem dadurch, dass sie bestimmte „Völker“ unterstützt. Die GfbV hat ständig von Menschenrechtsverletzungen gegenüber der albanisch sprechenden Bevölkerung berichtet, nach Ansicht kritischer Beobachter übrigens absolut einseitig und teilweise stark übertreibend. Sie hat damit dazu beigetragen, dass in Deutschland das Bild einer geradezu terroristischen Unterdrückung

der völlig unschuldigen albanisch sprechenden Bevölkerung im Kosovo entstanden ist, ein Bild, das einer kritischen Überprüfung überhaupt nicht standhält, mit dem aber der Krieg gegen Jugoslawien begründet wurde.

*Worin unterscheidet sich das von Marcus Meckel (SPD) und den eher linksliberalen VertreterInnen eines „geläuterten“ Deutschlands (Grass & Co.) inszenierte Gegenmodell von einem ZgV in Wroclaw von dem vom BdV und Tilman Zülch favorisierten Modell? Ist diese Variante nicht tatsächlich viel perfider?*

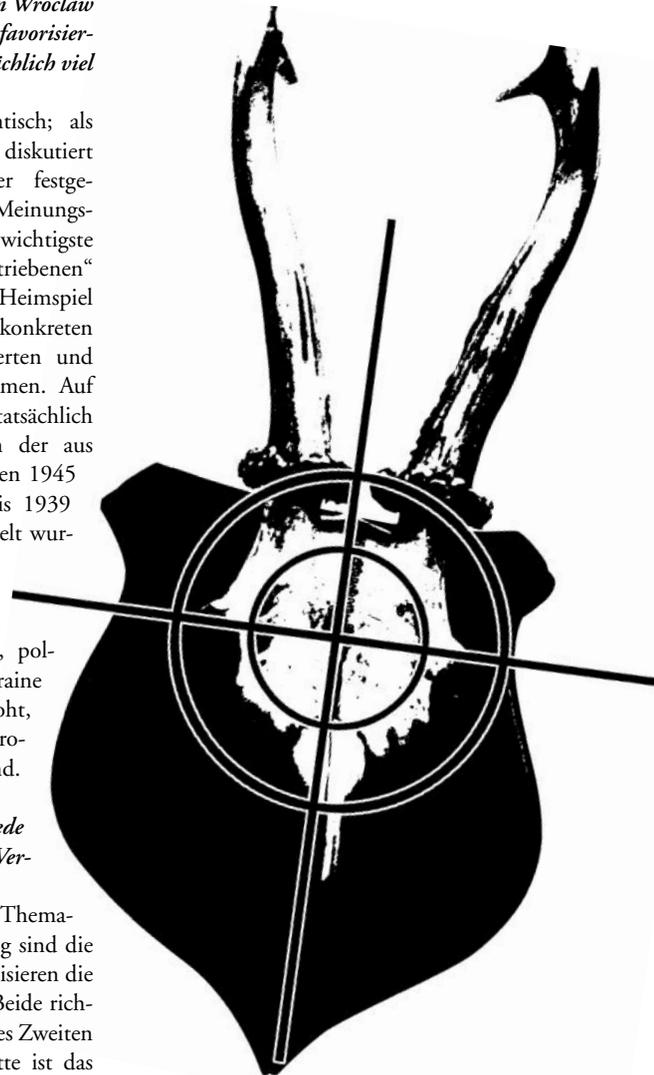
Im Kern sind beide Konzepte identisch; als sie im Bundestag gegeneinander diskutiert wurden, hat ein CDU-Abgeordneter festgestellt, er könne so gut wie keine Meinungsverschiedenheiten erkennen. Der wichtigste Unterschied dürfte sein, dass die „Vertriebenen“ bei Personalfragen in Berlin ein Heimspiel hätten, während in Wroclaw bei der konkreten Gestaltung des Zentrums mehr Experten und Expertinnen aus Polen zum Zuge kämen. Auf eine Weise ist die Meckel-Variante tatsächlich besonders perfide: In die Wohnungen der aus Wroclaw umgesiedelten Deutschen zogen 1945 Polinnen und Polen, die aus Lwiv (bis 1939 Polen, ab 1945 Westukraine) umgesiedelt wurden. Käme das ZgV nach Wroclaw, dann würde auch wieder stärker über die Umsiedlung von Polinnen und Polen aus der Westukraine debattiert, polnische Ansprüche gegenüber der Ukraine könnten laut werden. Perspektivisch droht, da es ähnliche Konflikte in allen osteuropäischen Staaten gibt, ein Flächenbrand.

*Gibt es deiner Ansicht nach Unterschiede zwischen der Bombenopfer- und der Vertreibungsdebatte?*

Der Unterschied liegt in der konkreten Thematik, aber in der politischen Stoßrichtung sind die beiden Debatten sehr ähnlich. Beide stilisieren die Deutschen zu Opfern, und vor allem: Beide richten sich direkt gegen die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs. Bei der Bombenopferdebatte ist das

offensichtlich. Bei der Vertreibungsdebatte liegt das daran, dass die Umsiedlung der Deutschen im Potsdamer Abkommen völkerrechtlich verbindlich geregelt worden ist. Wer die Umsiedlung zum „Unrecht“ erklärt, erklärt das Potsdamer Abkommen zum Unrecht und richtet sich damit ebenfalls direkt gegen die Alliierten.

Vielen Dank für das Gespräch



Fotografen abgelichtet wurden griffen Pfungsten und Kossmann den 27-Jährigen an. Schlecht für die Zwei: Pfungsten musste mit einer Kopfplatzwunde, Kossmann ohne Ohrklappen ins Krankenhaus. Schlecht aber auch für den Fotografen: Das Landgericht Berlin verurteilte ihn am 4. August 2003 wegen Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten. „Das Verfahren ist unter anderem deswegen für den Angeklagten so ungünstig verlaufen, weil der NPD-Anhänger Stephan Pfungsten sehr ruhig und glaubhaft seine Version vor Gericht vorgetragen hat“, berichtet ein Treptower Antifa-Aktivist, der den Prozess verfolgte, der linken Tageszeitung junge Welt.

In Niedersachsen tritt Pfungsten auch als Landessprecher seiner Partei auf. In einer Presseerklärung machte er die von ihm ansonsten gerne als „Systempresse“ verteufelten Medien auf einen geplanten Nazi-Aufmarsch am 18. Oktober 2003 in Braunschweig aufmerksam. Dieser Aufmarsch ist Teil der rassistischen Kampagne der NPD-Niedersachsen gegen Einwanderung, ein weiterer ist für den 29. November in Lüneburg angekündigt. In Braunschweig mobilisiert ein breites antifaschistisches Bündnis zu Gegenaktionen und einer Demonstration. Aktuelles dazu findet sich auf [www.nazi-aufmarsch-stoppen.de.vu](http://www.nazi-aufmarsch-stoppen.de.vu).

In Göttingen organisiert die Autonome Antifa [M] am 14. Oktober eine Informations- und Vorbereitungsveranstaltung mit dem Antifaschistischem Plenum Braunschweig.

Das „Hubert-Outing“ am 25.06.2003 vor der Aula der Göttinger Universität



# „Sozialhilfe ist nun einmal kein Zuckerschlecken“

**Göttingen.** Im Artikel zur sozialen Frage, der in der letzten *EinSatz!* veröffentlicht wurde, sind einige Gründe dafür angeführt worden, weshalb sich die Linke von ihrem klassischen Thema nicht zurückziehen sollte. Die Besetzung dieses Feldes durch die faschistische Sozialpropaganda der Rechten muss verhindert werden. Es bleibt die Schwierigkeit, die Kritik der konkreten Verhältnisse mit einer allgemeinen Gesellschaftskritik zu verbinden; eine Schwierigkeit, der sich die Linke jedoch stellen muss.

Lokal wie überregional machen die neoliberalen Aufräumer mobil. Seien es sozial-rassistische Kampagnen wie die von OB Danielowski für eine „saubere Innenstadt“, die Hartz-Pläne oder die Rürup-Forderung nach Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Die Diskussion um Sozialhilfe hat in Göttingen durch eine kritische Studie (s.u.) sowie einen Suizid-Versuch im Göttinger Sozialamt neue Brisanz erhalten. Am Anfang steht der Versuch zu begreifen, weshalb das Sozialamt – das nun bald auch für Arbeitslosenhilfe zuständig sein soll – überhaupt noch steht.

## Nun spricht die Gemeinschaft

Immer wieder fragen sich zumeist etablierte MitbürgerInnen, wie es möglich sein könne, dass Menschen arm und obdachlos sind, wo es doch die gute Sozialhilfe in Deutschland gibt. Sie müssen es wohl so wollen. Andere sind der Meinung, „Sozialhilfe sollte nur an jene gezahlt werden, die sie wirklich brauchen.“ Dass diese Personen darüber hinaus auch der Meinung sind, „Sozialhilfe, ähnlich wie Zahlungen an „illegale Ausländer“, sollte lieber heute als morgen abgeschafft werden“, weiß, wer es wissen möchte. Und weil es Deutschland nun – wie von allen Seiten beschworen wird – so dreckig geht, wird es Zeit, wieder einmal über mangelnde Opferbereitschaft zu klagen. Oder

wie Ulla Schmidt (SPD), schon frühzeitig darüber zu informieren, dass trotz der bisherigen herben Einschnitte in der Gesundheitsversorgung bald „weitere Opfer“ notwendig seien und den Versicherten „mehr Eigenverantwortlichkeit“ abverlangt werden müsse. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten dieses Landes haben sich darauf verständigt, dass die von der ArbeiterInnenbewegung durchgesetzten Rechte noch nicht weit genug zurückgedrängt worden sind. Auswirkungen dieses Konsens' der herrschenden Klassen finden sich beispielsweise in repressiver werdenden Praktiken der Sozialämter und in diese flankierende Pressekampagnen wieder. (siehe „Florida-Rolf“)

## Repression? – Repression!

Anhand einer EU-geförderten Fallstudie<sup>1</sup> zur aktuellen Situation der Sozialhilfe, die sich u.a. auf die Lage in Göttingen bezieht, soll aufgezeigt werden, inwiefern von einer immer deutlicher werdenden Tendenz zum Arbeitszwang gesprochen werden muss. Wie es charakteristisch ist für alle Sozialreformen, die in den letzten Jahren diskutiert wurden, so besteht die wesentliche Veränderung der Sozialhilfe in der Verschiebung der Verantwortlichkeit vom Staat bzw. der Wirtschaft hin zum Betroffenen. Wer dem Sozialamt nicht überzeugend nachweisen kann, sich zumindest um ein Arbeitsverhältnis bemüht zu haben, muss mit einer Kürzung von 25% des Regelsatzes rechnen, die nach Urteil des Sachbearbeitenden bis zu drei Monate gilt. Nach einer weiteren Aufforderung



Selbstmordversuch im Sozialamt – Schlapeit-Beck: „Sozialhilfe ist nun einmal kein Zuckerschlecken.“

kann die Sozialhilfe um insgesamt 35% reduziert und schließlich ganz eingestellt werden. Dass nach Angaben der Stadt Göttingen allein im Jahr 2000 ca. 100 GöttingerInnen ihre Existenzgrundlage entzogen wurde, lässt auf die Mentalität vieler SachbearbeiterInnen schließen, die im konkreten „Fall“ über ein quasi-richterliches Machtvolumen verfügen.

Doch glücklicherweise lastet nicht die gesamte Verantwortung auf den Schultern der AntragstellerInnen. Denn auch das Sozialamt bemüht sich um die Vermittlung eines Arbeitsplatzes. Sofern dieser für den Betroffenen als „zumutbar“ gilt – eine Entscheidung, die wiederum im Ermessensspielraum der SachbearbeiterInnen liegt – darf dieser Arbeitsplatz nicht abgelehnt werden.<sup>2</sup> Interessanterweise hat besagte Untersuchung ergeben, dass die sogenannte „echte Verweigerung“ bedauerlicherweise kaum vorkommt, im Gegensatz zu dem, was im öffentlichen Diskurs gern behauptet wird.

## Politurlaub in Köln

### Eindrücke vom antirassistischen Grenzcamp

Köln. Auch in diesem Jahr gab es die Möglichkeit Aktionsurlaub zu machen. Verschiedene linke Gruppen mobilisierten unter dem Motto „Out of control“ zum 6. antirassistischen Grenzcamp, das vom 31.7.-10.8.03 auf den Kölner „Poller Wiesen“ gastierte. Thematischer Schwerpunkt und praktische Angriffsziele waren die Überwachung und Kontrolle von Migration in Europa sowie die konkreten Auswirkungen, die diese Überwachungspolitik für Flüchtlinge hat. Trotz brütender Hitze fanden sich bereits zum Kongress „Antirassismus ausbuchstabieren“, der erstmals die ersten drei Tage des Programms füllte, Hunderte von antifaschistischen und antirassistischen AktivistInnen ein. Der idyllische Platz am Rhein war bald mit Zelten übersät, auch GenossInnen aus anderen Ländern von Italien über Spanien bis Israel hatten den Weg in die Domstadt gefunden, um gemeinsam Konzepte gegen die Festung Europa zu entwickeln. Wie immer gab es zahlreiche kreative und erfolgreiche Aktionen – z.B. wurde das Haus eines ehemaligen Nazi-Profitieurs mit antifaschistischen Parolen verziert, im Düsseldorfer Flughafen gegen Abschiebungen demonstriert und gemeinsam mit Roma-Flüchtlingen ein Konzert am Containerschiff, auf dem diese unter unwürdigsten Bedingungen leben

müssen, organisiert. Erfreulicherweise fehlte es trotz praller Sonne nie an Entschlossenheit: Bereits am ersten Tag konnte eine Spontandemo durch die Innenstadt durchgesetzt werden. Die vor dem Camp abgestellten Polizisten mussten täglich eine kleine Gemüse- und Wasserschlacht über sich ergehen lassen – effektive Art, den Restmüll der Campküche zu entsorgen! Wenig rückzugsbereit zeigten sich die Staatshüter allerdings am letzten Tag: Völlig „out of control“ kesselten und stürmten sie das Camp, versprühten CS-Gas, stellten bei etwa 40 Grad das Wasser ab und nahmen zahlreiche Personen in Gewahrsam, während die Nazis nur wenige Straßen weiter marschieren durften. Grund genug für einige GöttingerInnen, der Polizei vor Ort auf die Pelle zu rücken: Neben einer nächtlichen Spontandemo am Tag der Räumung (bei der zwei Zivilpolizisten ganz schön blöde aussahen) luden verummte Radfahrer ein paar Tage später nach dem Motto „Uns stinkt es schon lange“ Biomüll vor der Polizeiwache ab, um gegen den Polizeigriff auf das Camp zu protestieren.

Da bereits über 100 Personen wegen dem Kessel und der Räumung Strafbefehle erhalten haben, ist Solidarität gefragt. Achtet auf Ankündigungen für weitere Soliveranstaltungen und/oder informiert euch auf der Campseite: [www.nadir.org/kampagnen/camp03](http://www.nadir.org/kampagnen/camp03)  
Soliveranstaltung in Göttingen: 08.10.03 um 20 Uhr im Juzl: Film und Infos zum Camp und den Verfahren

Menschen, die von den Kürzungen und besonders der Einstellung von Sozialhilfe betroffen sind, sind in erster Linie solche mit Behinderungen und Einschränkungen. Viele der Betroffenen sind AnalphabetInnen, Drogenabhängige oder unfähig, das eigene Leben zu bewältigen. Der Grund, weshalb diesen Personen das Recht auf Existenz abgesprochen wird, liegt also nicht in deren Verweigerungshaltung, sondern schlicht darin, dass sie die Schreiben der Behörden nicht verstehen, dass sie nicht dazu in der Lage sind, Termine einzuhalten, Bewerbungen zu schreiben, geschweige denn zu Vorstellungsgesprächen zu erscheinen. Den anderen bleibt kaum eine andere Alternative, als sich den Drohungen zu fügen und schließlich jede „zumutbare“ Arbeit anzunehmen. Ganz schlecht ergeht es auch jenen Menschen, die einmal von der Sozialhilfe ausgeschlossen wurden und zu einem späteren Zeitpunkt einen neuen Antrag stellen. Diesen wird unterstellt, dem Sozialamt vorhandene Ressourcen, von denen sie leben könnten, zu verheimlichen.

Das Credo der RepräsentantInnen dieses Landes, für das wir leben, lieben, arbeiten und kämpfen sollen, lautet: „Fordern und Fördern.“ Was gefordert wird, haben wir gesehen: wer nicht spurt, kann verrecken. Was aber kann von der Seite des „Förderns“ erwartet werden?

Nach dem BSHG (Bundessozialhilfegesetz) sind die Kommunen verpflichtet, den Hilfesuchenden Unterstützung bei der Überwindung der Sozialhilfebedürftigkeit bzw. der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt bereitzustellen. Im Zentrum dieser Bemühungen steht dabei – wer hätte es gedacht – die gute alte ABM („Mehraufwandsvariante“). In Göttingen werden SozialhilfeempfängerInnen zu „gemeinnütziger Arbeit“ vergattert, für die ihnen die Kommune pro Stunde einen Euro schenkt. Die angeblichen Ziele dieser

Maßnahme ergeben sich aus dem BSHG: Wiedereingliederung an Arbeit sowie Überprüfung der Arbeitsbereitschaft. Eine Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt und damit die Überwindung der Sozialhilfebedürftigkeit findet dagegen kaum statt. So hat sich in Fachkreisen die Rede vom „Ausschluss durch Einschluss in Maßnahmen“ oder von sogenannten „ABM-Schleifen“ etabliert. Insgesamt entsteht auch für die kommunale „Förderung“ der Eindruck, dass es doch eher um Repression geht. So wird die Verpflichtung zu „Mehrbedarfsbeschäftigung“ – was der Form nach nichts anderes ist als Sklavenarbeit – von vielen AntragstellerInnen als abschreckend und diskriminierend erlebt, so dass ein Teil von ihnen darauf verzichtet, den Sozialhilfeanspruch weiter zu verfolgen. Diese am Beispiel kenntlich gemachte Entwicklung der Gesellschaft zur Repression zeigt sich im Umgang mit ihren schwächsten Mitgliedern am deutlichsten. Dass es sich dabei nicht bloß um eine politische, sondern um eine gesellschaftliche Tendenz handelt, äußert sich darin, dass es heute kaum noch Gruppen, Verbände und Parteien gibt,

die das Interesse derjenigen artikulieren, die dies von sich aus nicht können.

### Ungeheuer diesseits der Grenze?

Nun reicht die Sozialhilfe in ihrer derzeitigen Konzeption noch in die Zeiten der Vollbeschäftigung zurück. Die Problematik der Massenarbeitslosigkeit als Resultat der Entwicklung der Produktivität bei zu langsamer Expansion des Kapitals hatte man nicht vorhergesehen. Nun steht es einer „Zivilgesellschaft“ nicht sonderlich gut zu Gesicht, „unnütze EsserInnen“ zu produzieren. Ihr Lösungsansatz geht dahin, eine Prekarisierung und Illegalisierung weiterer Bevölkerungsteile hinzunehmen.

Die Deutlichkeit, mit der sich die Arbeitslosigkeit als gesamtgesellschaftliches Strukturproblem Geltung verschaffte, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die logische wie emanzipatorische Tendenz zu einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit bei gegebenem Lebensstandard bleibt jedoch aus. Der Einsatz moderner Technik wurde in der Geschichte des Marxismus mal vergöttert,

Soli-Anzeige für den

Kneipe · Billard · Filme · Veranstaltungen · Live-Musik

★ **theaterkeller** ★

Göttingen · Geismarlandstraße 19 · ☎ 05 51/4 37 78

## Believe the hype!

[Redaktionelle Vorbemerkung: Diese Empfehlung für den fünften Harry Potter-Band "Harry Potter and the Order of the Phoenix" erfolgt kostenlos. Sollte sich der Carlsen-Verlag, bei dem im November 2003 die deutsche Übersetzung erscheint, erkenntlich zeigen wollen, bitten wir um die Spende eines Klassensatzes des neuen Bandes an das Bremer Schulzentrum An der Flämischen Straße, wo kürzlich "Benimm-Unterricht" auf den Lehrplan gesetzt wurde. LeserInnen mit Zugang zu magischen Utensilien fordern wir zu Massenerwerbungen von "Schwänzer-Snacks" an die gleiche Adresse auf.]

Hogsmeade/GB Die "Einsatz!" ist nicht das erste Blatt, das sich mit der Geschichte des Zauberschülers Harry Potter befasst. Vielleicht aber das erste, das darauf verzichtet, den – berechtigten – Kult um die Romanserie zu analysieren oder auf Interpretationsebenen abzuschweifen, die mit der Story rein gar nichts zu tun haben.

Diese ist eine gelungene Mischung aus Internatsroman, Detektivgeschichte und natürlich Fantasy. Von brechkonservativen "Hanni und Nanni"-Klischees ist sie jedoch ebensoweit entfernt wie von altertümelnd-reaktionären Fantasy-Standards. Vielmehr schafft die Autorin aus den Genre-Versatzstücken eine bis zur Kenntlichkeit verfremdete Parallel-Gegenwart.

Schon die Charakterisierung der "Bösen" dürfte nicht nur gestandenen Linksradikalen bekannt vorkommen: Oberschurke Voldemort und seine Anhänger stehen für die Ideologie einer "reinblütigen" Magierelite, Rassismus gegenüber nicht-menschlichen vernunftbegabten Wesen und Sozialchauvinismus. Auch Namen wie "Salazar" (unter diesem Namen findet man im Lexikon den Führer der portugiesischen Junta der 70er Jahre) und Siege über berüchtigte Schwarze Magier "im Jahr 1945" lassen an Deutlichkeit nichts

vermissen. Kurz: Auch in der magischen Gesellschaft müssen Faschisten bekämpft werden. Schon das alleine ist ein ungewöhnliches Thema für ein Jugendbuch, das eben nur scheinbar fern der Realität spielt.

Wahrhaft subversive Qualität gewinnt die Story nun im fünften Band. Statt sich in den Kampf gegen den Aufstieg Voldemorts stürzen zu können, müssen Harry und Co. sich mit der staatlichen Autorität in Form des Zaubereiministeriums anlegen. Dieses leugnet nicht nur die Faschismusgefahr, sondern erfreut die SchülerInnen der Zauberschule Hogwarts mit seinem direkten Eingreifen.

"BY ORDER OF THE HIGH INQUISITOR OF HOGWARTS

All societies, teams, groups or clubs are henceforth disbanded. An organisation, team, group or club is hereby defined as a regular meeting of three or more students. [...] (Educational Decree NumberTwenty-four)"

Erstaunlicherweise hat die Bundesanwaltschaft noch nicht versucht, das Erscheinen der deutschen Ausgabe zu verhindern: Weder halten sich die Kids an die per Lehrplan verordnete "Gewaltfreiheit", noch lassen sie sich daran hindern, zu Mitteln zu greifen, die unter Mitgliedern der nichtmagischen Gemeinschaft (Muggles) als Antifa-Selbsthilfe bekannt sind. Während der Konflikt nebenbei die pädagogisch wertvolle Erkenntnis vermittelt, dass reaktionär nicht unbedingt faschistisch bedeutet und dennoch bekämpft gehört, eskaliert dieser bis zum Konzept Schulguerilla.

Zwar lässt das Ende für den Folgeband einen staatlichen "Sommer des Antifaschismus" befürchten. Grundsätzlicher ließe sich auch fragen, warum die magische Gesellschaft trotz aller Zauberkräfte eine kapitalistische ist (das könnte man aber ebenso angesichts der immensen Produktivkräfte, die die Muggles auch ohne Magie entwickelt haben). Genauogut lässt es sich nach den Demoevents der Herbstsaison jedoch auch mit einer Tasse Tee zurücklehnen und über ein Buch freuen, das man politisch unbesorgt in den Händen der heute Vierzehnjährigen sehen kann.

mal verdammt. Heute sieht es endgültig so aus, als wirke die Technik unter kapitalistischen Bedingungen als Garantin der Barbarisierung. Statt Autonomie und soziale Sicherheit zu bringen, hievt sie den alten Kampf aller gegen alle auf eine höhere Stufenleiter. Ein Monster und noch dazu ein wählerisches ist sie geworden: Anstatt allen bloß ein Bein oder einen Arm abzureißen, verschlingt sie die einen gänzlich, während sie die anderen unverdaut in die Wüste spuckt.

**To be continued...**

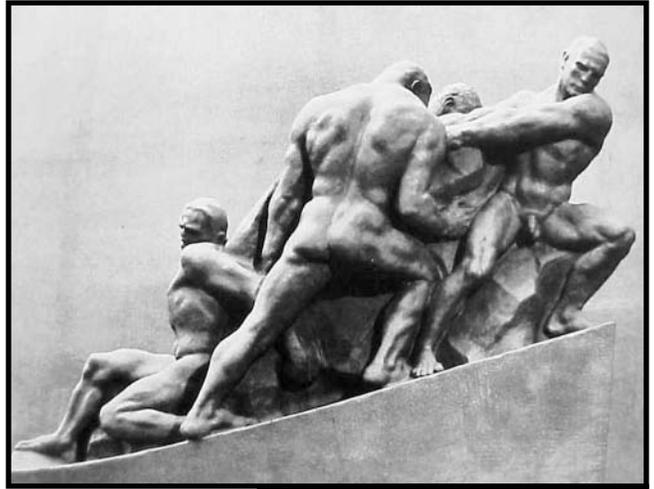
Ein erster emanzipatorischer Ansatzpunkt mit durchaus kritischem Gehalt besteht in der freilich nie einlösbaren Forderung nach einer Politisierung der Frage der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit. Der kritische Gehalt spiegelt sich in den Gründen wider, weshalb Arbeitszeitverkürzung im Kapitalismus nicht geht. Weiterhin ungeklärt bleibt dagegen die Frage, wie über die bloße Ana-

lyse hinaus eine politische Wirkung erzielt werden kann. Trotz aller Vermittlungsprobleme, die eine emanzipatorische Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen notwendig haben muss, wäre es wünschenswert, wenn beispielsweise das Sozialamt stärker in die öffentliche Kritik geräte.

(Footnotes)

<sup>1</sup>Projektgruppe strategies and effects: Sozialhilfe und kommunale Beschäftigungsförderung. Exklusionstendenzen in Österreich, Deutschland und Dänemark, Göttingen 2003

<sup>2</sup>§ 25 BSHG (Bundessozialhilfegesetz) Abs. 1 Satz 1: „Wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten oder zumutbaren Maßnahmen nach §§ 19 und 20 nachzukommen, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt.“



Schlapeit-Beck: „Es wird immer härter.“

**Walser zeigen was 'ne Keule ist...**

... dass wollte die Autonome Antifa [M] am 11. Oktober 2003 in Göttingen gerne tun. Wir viele andere linksradikale Gruppen auch plante sie ein öffentliche Interview mit Martin Walser, dass Moritz von Uslar im Literarischen Zentrum für das Magazin der Süddeutschen Zeitung führen wollte, zu blockieren. Exakt fünf Jahre nach Walsers berühmt-berüchtigter Rede in der Frankfurter Paulskirche, in der Walser die „Moralkeule Ausschwitz“ beschwor und zum Verhängnis der deutschen Gesellschaft werden ließ, sollte ihm die lokale Öffentlichkeit nicht ohne entsprechenden Widerstand überlassen werden. Also schrieb die Autonome Antifa [M] ein Pressemitteilung und ein Flugblatt zur Blockade, die OLAfA (Offene Linke/Alles für Alle) sammelte zahlreiche Unterschriften für einen offenen Brief ans Literarische Zentrum, in dem aufgefordert wurde, die Veranstaltung abzusagen – und aus war's mit dem schönen Plan, Walser wollte nicht mehr. Aber dafür kann sich die Göttinger Linke mal wieder ein Sektchen auf ihren allseits guten Ruf aufmachen, denn Walser Begründung lautete wörtlich: „Nach allem, was ich aus Göttingen habe, ist mit einem ruhigen, ungestörten Gespräch nicht zu rechnen.“ Und da hat der

ausgemachte Antisemit und Nationalist Walser dann doch mal Recht gehabt.

In Aufruf und Pressemitteilung kritisierte die Autonome Antifa [M] auch das Literarische Zentrum und Moritz von Uslar scharf. Sie warf ihnen vor, bewusst mit dem „Verruchten“ zu spielen und den scheinbaren „Tabubruch“ zu begehen, um den Walser-Auftritt zwecks größerer Aufmerksamkeit zum Skandal-Spektakel werden zu lassen. Klar gesagt werden muss, dass nicht von Uslar oder Literarisches Zentrum, die dem Antisemiten ein Forum bieten wollten, den Auftritt abgesagt haben, auch nach den Protestankündigungen nicht, Nein – es war der Antisemit selbst. Vielleicht hat Walser ja erstmal genug von Skandalen, denn mit Kanzler am 8. Mai etwas plaudern hilft nicht viel, wenn nicht mal die FAZ Werbung für den neuen Roman machen will.



**Termine**

**Göttingen**

Freitag · 10. Oktober 2003

*Innenstadtaktionstag: „stop control!“ – Aktionen und Informationen gegen öffentliche Überwachung und „saubere“ Innenstadt*  
ab 16 Uhr · Marktplatz/Gänseliesel

Sonntag · 12. Oktober 2003

*Veranstaltung der Autonomen Antifa [M] mit der Soligruppe Magdeburg/Quedlinburg zum Stand des § 129a-Verfahrens und zur bundesweiten Demonstrationen in Magdeburg*  
19 Uhr · Theaterkeller · Geismarlandstraße 19

Dienstag · 14. Oktober 2003

*Info- und Vorbereitungsveranstaltung der Autonomen Antifa [M] mit dem Antifa Plenum Braunschweig zum Nazi-Aufmarsch am 18.10.*  
19 Uhr · DGB-Haus · Obere Masch-Straße

**Hannover**

Freitag · 10. Oktober 2003

*Veranstaltung der Antifaschistischen Aktion Hannover „Wenn der Staat zurückschlägt“ mit der Soligruppe Magdeburg/Quedlinburg*  
20 Uhr · UJZ Korn · Kornstraße 28

**Braunschweig**

Samstag · 18. Oktober 2003

*„Nazi-Aufmarsch stoppen!“*  
Infos: [www.nazi-aufmarsch-stoppen.de.vu](http://www.nazi-aufmarsch-stoppen.de.vu)

**Magdeburg**

Samstag · 25. Oktober 2003

*Bundesweite Demonstration „Linke Politik verteidigen! Freiheit für Marco, Daniel, Carsten und alle politischen Gefangenen!“*  
14 Uhr · Hauptbahnhof · Magdeburg · Infos: [www.soligruppe.de](http://www.soligruppe.de)

**Lüneburg**

Samstag · 29. November 2003

*„Faschisten bekämpfen!“*  
*Gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch vorgehen!*  
Infos demnächst: [www.puk.de/aam](http://www.puk.de/aam)

**Postanschrift**

Bestellungen, Anregungen, Kritik und gerne auch Spenden an:  
EinSatz! · c/o Buchladen · Nikolaikirchhof 7 · 37073 Göttingen